

# QUARTALSBERICHT

**Projektland: Serbien und Montenegro**

**Quartal/Jahr: IV/2011**

## SCHLAGZEILEN

1. **Kosovo-Grenzkonflikt Stolperstein für EU-Beitrittsperspektive Serbiens**
2. **Kein Kandidaten-Status für Serbien – Vizepremier tritt zurück**
3. **Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen für Montenegro**

### **Kosovo-Grenzkonflikt Stolperstein für EU-Beitrittsperspektive Serbiens**

Mit der Auslieferung der letzten beiden flüchtigen Haager Angeklagten im Mai bzw. Juli dieses Jahres hatte sich Serbien den Kandidatenstatus für den angestrebten EU-Beitritt bis Ende des Jahres erhofft.

Diesen Erwartungen entsprechend fiel der am 12. Oktober 2011 veröffentlichte Fortschrittsbericht positiv aus. Die EU-Kommission würdigte im Bericht insbesondere die uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal und sprach die Empfehlung aus, Serbien den offiziellen Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen. Der von Belgrad ebenfalls erwünschte Termin zum Auftakt etwaiger Beitrittsverhandlungen blieb aus. Wegen der ungelösten Differenzen im Kosovo sollen konkrete Beitrittsgespräche noch nicht aufgenommen werden. Vielmehr wurde die in Aussicht gestellte EU-Kandidatur klar mit Fortschritten im festgefahrenen Nachbarschaftsdialog mit Kosovo verbunden.

Der Zollstreit in den Verhandlungen zwischen Belgrad und Pristina bleibt jedoch weiterhin ein Stolperstein für die Lösung des Grenzkonflikts zwischen Serbien und der ehemaligen Provinz, mit direkten Auswirkungen auf die Beitrittsperspektive Serbiens, denn der Norden Kosovos befindet sich seit September 2011 unter Dauerblockade der ortsansässigen Serben, die mit Straßenbarrikaden den Abzug der Kosovo-albanischen Zöllner von den Grenzübergängen mit Serbien erzwingen möchten.

Im Zuge von ständigen gewalttätigen Auseinandersetzungen serbischer Demonstranten und der mit der Räumung der Barrikaden beauftragten NATO-Schutztruppe KFOR wurden sowohl zahlreiche protestierende Serben als auch Soldaten verletzt.

Belgrad reagierte uneinig und unschlüssig und saß die Kosovo-Krise wochenlang konzept- und tatenlos aus. Erst als bei einem Zusammenstoß Ende November 2011 auf

die KFOR sogar geschossen und mehrere Soldaten, darunter zwei Deutsche, Schusswunden erlitten, woraufhin Bundeskanzlerin Merkel den Kandidatenstatus für Serbien resolut ausschloss, rief Präsident Tadić die Kosovo-Serben endlich auf, die Straßenblockaden zu räumen.

In aller Eile einigte sich Anfang Dezember Belgrads Chefunterhändler Stefanović mit den Vertretern Pristinas nach monatelangem Ringen doch noch auf einen Kompromiss zur gemeinsamen Grenzkontrolle. Doch das Abkommen wird von beiden Seiten völlig unterschiedlich interpretiert und scheint von einer gemeinsamen Durchsetzung weit entfernt.

### **Kein Kandidaten-Status für Serbien – Vizepremier tritt zurück**

Angesichts der mageren Erfolgsbilanz im anhaltenden Konflikt mit Kosovo wurde beim EU-Gipfel am 09. Dezember 2011 das Gesuch Serbiens, den Status als Beitrittskandidat zu erhalten vorerst abgelehnt. Die EU will im Februar 2012 nochmals darüber beraten, wobei vorher weitere Fortschritte Serbiens bei der Umsetzung der Vereinbarungen im Kosovo-Dialog, insbesondere im Grenzmanagement, bestätigt werden müssten. Des Weiteren müsse Serbien ein Abkommen über regionale Kooperation erzielt haben und aktiv mit der EU-Rechtsstaatmission EULEX und der KFOR zusammenarbeiten. Die Entscheidung soll dann vom EU-Gipfel im März 2012 abgesegnet werden.

Wegen des Aufschubs des EU-Kandidatenstatus für Serbien trat der für EU-Integration zuständige Vizepremier, Božidar Djelić, am Rande des EU-Gipfels von seinem Amt zurück.

### **Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen für Montenegro**

Die EU-Kommission sprach sich im Fortschrittsbericht für Montenegro, das bereits seit Dezember 2010 Beitrittskandidat ist, für den Beginn inhaltlicher Gespräche zum EU-Beitritt aus.

Der EU-Gipfel im Dezember akzeptierte diese Empfehlung und beschloss, dass im Juni 2012 Beitrittsverhandlungen mit Montenegro aufgenommen werden. Zuvor soll der EU-Ministerrat die Fortschritte des Landes im Kampf gegen die Korruption und organisierte Kriminalität überprüfen. Grundlage dafür soll ein Bericht der EU-Kommission in der ersten Jahreshälfte 2012 sein.

### **Vidica Drakulic**

Die Autorin ist Projektassistentin der Hanns-Seidel-Stiftung in Belgrad, Projekt Serbien und Montenegro

#### **IMPRESSUM**

Erstellt: 10.01.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [ijz@hss.de](mailto:ijz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)